

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Public Health und der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention

zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit – Entwurf eines Gesetzes der Herzgesundheit (Gesundes-Herz-Gesetz – GHG)

Die Fachgesellschaften nehmen den vorgelegten Referentenentwurf mit Verwunderung und großer Besorgnis zur Kenntnis. Mit dem Entwurf wird aus Sicht der Fachgesellschaften eine dramatische Fehlsteuerung eingeleitet, die mittels breitflächiger Medikalisierung (Statine) und ungeprüftem Vertrauen auf bisher nicht durch entsprechende Evidenz begründete bevölkerungsweite Früherkennungsverfahren am Problem der Prävention von Herz-Kreislauferkrankungen komplett vorbeizugehen droht.

Die Fachgesellschaften merken insbesondere an:

- Die Evidenzbasierung in Bezug auf Entscheidungen im Gesundheitswesen wird durch das neue Gesetz komplett missachtet. Der G-BA ist offensichtlich nicht einbezogen. Wichtig ist: eine die Wirksamkeit der geplanten bevölkerungsweiten Früherkennungsuntersuchungen in Bezug auf die Verhinderung späterer Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems oder die Senkung der Herz-Kreislauf Sterblichkeit ist wissenschaftlich nicht belegt.
- Darüber hinaus ignoriert der Referentenentwurf den Auftrag des G-BA zur Bewertung eines Screenings zur Früherkennung einer familiären Hypercholesterinämie bei Kindern und Jugendlichen vom 22.02.2024 an das IQWiG.
- Risikofaktoren für Herz-Kreislauferkrankungen liegen nur zum Teil im Bereich der individuellen Lebensstilfaktoren. Der Entwurf geht mit keinem Wort auf wichtige Regelungsbereiche im Bereich der Lebensmittelproduktion und -vermarktung oder bei der Kontrolle von Tabakprodukten ein. Ebenso missachtet der Entwurf Erkenntnisse aus internationalen sozialepidemiologischen Studien zu strukturell und sozioökonomisch bedingter Ungleichheit gesundheitlicher Chancen. Deutschland ist hier im europäischen Vergleich sehr schlecht aufgestellt. Der vorliegende Entwurf enthält hierzu keinerlei Antworten, er setzt komplett auf die Erkennung und Behandlung von individuellen Risikofaktoren und offenbart ein äußerst simplifiziertes Verständnis von effektiver Prävention und Gesundheitsförderung.
- Eine wissenschaftliche Basis für die angegebenen Einsparungspotenziale fehlt. Stattdessen werden vage Hochrechnungen vorgelegt, deren Grundlage extrem fraglich erscheint. Die DGPH geht allein aus Plausibilitätsgründen bei einer stark wachsenden Zahl von Früherkennungs- und sich daraus ergebenden Folgeuntersuchungen von einem massiven Anstieg der Kosten für das Gesundheitssystem und insbesondere die gesetzlichen Krankenversicherungen aus. Belastbare gesundheitsökonomische Untersuchungen müssen dringend vorgelegt werden.
- Mit der Umsetzung des Gesetzes würde der bisher schon anteilig sehr geringe Anteil für präventive Leistungen pro GKV-Versicherten weiter vermindert werden, da die Kosten für die neuen Leistungen einschließlich der neu verschriebenen Medikamente zulasten bisheriger Präventionsleistungen, darunter viele sinnvolle Maßnahmen der Primärprävention, gehen werden. Dies ist nicht akzeptabel.

Der vorgelegte Referentenentwurf geht an den Erfordernissen einer modernen, Verhalten und Verhältnisse adressierenden Prävention vorbei. Die Fachgesellschaften fordern dringlich dazu auf,

- a) den etablierten Weg der Evidenzbasierung in Bezug auf Entscheidungen im Gesundheitswesen beizubehalten und zu stärken.
- b) eine umfassende, evidenzbasierte und kooperative nationale Präventionsstrategie zu erarbeiten und umzusetzen.

Hierfür stehen die unterzeichnenden Fachgesellschaften im Sinne einer kritisch-konstruktiven Beratung und Zusammenarbeit zur Verfügung.

IQWiG: Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Zielgruppenspezifische Ansprache von Versicherten bei der allgemeinen Gesundheitsuntersuchung; Rapid Report [online]. 2024 [Zugriff: 23.06.2024]. URL: <https://dx.doi.org/10.60584/P23-01>.

Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA). Konkretisierung des Auftrags des Gemeinsamen Bundesausschusses an das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen: Bewertung eines Screenings zur Früherkennung einer familiären Hypercholesterinämie bei Kindern und Jugendlichen vom 22.02.2024 [online]. 2024 [Zugriff: 23.06.2024.]